Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 465. Donnerstag den 31. December 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 1. Januar 1892, Vormittags nur bis 9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Mit der an dem 1. Januar 1892 in Kraft tretenden Vereinigung der Gemeinde Reudelleerhausen mit der Stadt Leipzig kommt das bisher für erstere bestandene Königliche Standesamt in Wegfall und haben wir deshalb mit Genehmigung der Königlichen Kreishauptmannschaft Leipzig beschlossen, vom 1. Januar 1892 ab die Einwohner des Stadttheils Leipzig-Reudelleerhausen dem Königlichen Standesamt Leipzig II. zu überweisen.

Dasselbe hat seinen Sitz in dem Rathhause zu Leipzig-Reudnitz, Chausseestraße 51 im ersten Stock, seine Geschäftszeit ist für die Vertage auf die Stunden von 9—1 Uhr Vormittags und von 3—5 Uhr Nachmittags, für Sonn- und Feiertage aber auf die Stunde von 11—12 Uhr Vormittags festgesetzt.

Leipzig, den 30. December 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 6105. Dr. Georgi. Grötzel.

Am 9. dieses Monats ist in dem Conaewitzer Holze der Leichnam des unten näher beschriebenen, bis jetzt hier unbekannten Mannes in dem Pleißenflusse aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden.

Wir bitten, alle Wahrnehmungen, welche zur Ermittelung der Persönlichkeit des Entseelten dienen können, schleunigst uns mitzutheilen.

Leipzig, den 12. December 1891.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.

IV. 6334. Breitschneider. Röhle.

Signalement: Alter: ca. 28 Jahre, Stand: anscheinend Arbeiter (Knecht), Größe: 1,74 m, Haare: dunkel, fast schwarz, Stirn: niedrig, Augenbrauen: stark und dunkel, Nase und Mund: gewöhnlich, kleines dunkles Schnurrbärtchen, Zähne: im Oberkiefer defect, Gesicht: voll, Gestalt: mittel. Besondere Kennzeichen: starken Leistenbruch in der rechten Seite.

Kleidung: Ein schwarzbraun, großkarrirtes Jaquet, eine dunkelgrau gestreifte Weste, schwarzgestreifte Hose, braune Unterhose, ein Paar rindlederne Schaftstiefel mit Eisen, ein Paar braunwollene Strümpfe, ein Paar dergleichen Pulswärmer, ein hellbraunes Halstuch mit blaugestreifter Kante (Halbbinde), ein schwarzer Schlips mit weißen Streifen, ein kleines Vorhemdchen mit Papierkragen und grangestreiftes Vorchenthemd.

Die Leibwäsche ist ungezeichnet.

Leipzig, 31. December.

* Der Kaiser hat noch ganz kurz vor Jahresschluß, am Mittwoch, das Hoflager von Potsdam nach Berlin verlegt und wird also die Wintersaison der Reichshauptstadt durch die Anwesenheit der kaiserlichen Familie, der Spitzen der Hof- und aristokratischen Gesellschaft derjenigen socialen Impulse theilhaftig werden, ohne welche das öffentliche Leben Berlins in dieser Jahreszeit eine klaffende Lücke aufweisen würde. Daß auch die Erwerbsverhältnisse weiter Kreise durch die Uebersiedelung des Hofes nach Berlin günstig beeinflußt werden, ist vom volkswirthschaftlichen Standpuncte aus nicht zu unterschätzen.

* Die „Post" brachte in ihrer Nr. 356 ein Privattelegramm aus Frankfurt a/M., wonach Se. Majestät der Kaiser zu dem Leichenbegängniß des Professors Janssen einen Kranz gesendet habe. Diese Nachricht erklärte der „Reichs- und Staatsanzeiger" für unbegründet. Wir erhielten, so erklärt jetzt die „Post", die Meldung von unserem regelmäßigen Correspondenten aus Frankfurt a/M. und gaben ihr ohne Bedenken Raum, da sich der Correspondent sonst als zuverlässig erwiesen hat und eine Rückfrage der vorgerückten Zeit halber nicht mehr thunlich war. Wir haben ihn bereits ersucht, den Sachverhalt dieses bedauerlichen Versehens aufzuklären.

* In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung brachte Dr. Langerhans einen Antrag ein, eine Petition an den Reichstag zu richten, in welcher um eine andere Instruction für die Militairposten in den Straßen Berlins gebeten wird. Professor Virchow war dafür, daß die Petition an den Reichskanzler gerichtet werde. Der Antrag Langerhans wurde angenommen.

* Die conservative Partei in Preußen tritt, wie man hört, in sehr kampflustiger Stimmung in die neue Session des Abgeordnetenhauses ein, im Vertrauen auf ihre hier im Vergleich zum Reichstag sehr viel stärkere Position. Die angekündigte Absicht des bisherigen Führers, Herrn von Rauchhaupt, sich im parlamentarischen Auftreten mehr Zurückhaltung aufzuerlegen, dürfte den reactionair-agrarischen Heißsporen der Partei die Uebernahme einer leitenden Rolle nur erleichtern. Der Kampf auf wirthschaftlichem Gebiet wird alsbald im Abgeordnetenhause aufgenommen werden. Nachdem nach Ansicht dieser Kreise die Regierung den landwirthschaftlichen Interessen auf zollpolitischem Gebiet den genügenden Schutz entzogen hat, werden die verschiedensten Forderungen auftreten, welche für diese Interessen einen Ersatz im Bereich der Landesgesetzgebung und Landesverwaltung schaffen sollen, so im Eisenbahn- und Steuerwesen. Man wird unter diesen Umständen gleich bei der ersten Etatsberathung sehr lebhafte Auseinandersetzungen erwarten dürfen.

* Die Pause in der parlamentarischen Campagne ist für das preußische Staatsministerium nichts weniger als eine Zeit der Ruhe. Neben der Vorbereitung für die Landtagssession, für welche die Vorlagen in rascher Folge durchberathen werden müssen, gehen die Beschlüsse über die Stellungnahme Preußens zu den im Reiche schwebenden Fragen gesetzgeberischer und organisatorischer Natur her. In dieser Hinsicht kommen u. A. Fragen von erheblicher Tragweite, wie der Gesetzentwurf über die neuen Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht, die Aenderung der Unterstützungswohnsitzgesetzgebung, die Organisation der Arbeiterstatistik u. A. m. in Frage. Aber auch in Preußen selbst schweben ein Reihe von organisatorischen Fragen, welche sich aus der Wahrnehmung ergeben haben, daß mehrfach durch das ressortmäßige Zusammenwirken mehrerer Verwaltungsstellen die Sachbehandlung zu weitläufig und zeitraubend wird, während wiederum andererseits mehrfach die einzelnen Verwaltungszweige nur neben einander und nicht in gedeihlicher Weise so zusammenwirken, daß überall alle betheiligten Rücksichten gleichmäßig gewahrt werden. Dies gilt in erster Linie zwar von den wasserwirthschaftlichen Angelegenheiten, deren organisatorische Behandlung ja auch in der letzten Landtagssession zum Gegenstand von Erörterungen seitens beider Häuser des Landtages gemacht ist. Aber nicht allein. Auch in anderen Zweigen der Verwaltung, namentlich soweit in ihnen eine kräftige Thätigkeit entfaltet werden soll, so z. B. bezüglich des Kirchenbaues, der Verwaltung der Stifts- und sonstigen Güter u. s. w., steht eine einfachere und zweckentsprechendere Organisation zur Erörterung. Nimmt man diese verschiedenen Zweige der Thätigkeit zusammen, so wird erklärlich, daß nicht nur allwöchentlich mehrere Sitzungen des Staatsministeriums stattfinden, sondern diese selbst an den Weihnachtsfeiertagen nicht ausgesetzt sind. Auch am Mittwoch hat eine mehrstündige Sitzung des preußischen Staatsministeriums stattgefunden.

* Aus Anlaß eines Specialfalles hat der preußische Cultusminister die Vorenthaltung der Dienstaltelszulagen an Lehrer, welche wiederholt das Züchtigungsrecht überschritten haben, für unzulässig erklärt und betont, daß die Dienstaltelszulagen nicht den Charakter von Belohnungen und Beneficien für tadellose Dienstführung haben, sondern lediglich bestimmt sind, das Dienseinkommen der Volksschullehrer den mit dem fortschreitenden Dienstalter steigenden Bedürfnissen entsprechend zu erhöhen.

* Der „Voss. Zeit." wird aus Nürnberg gemeldet: Sowohl dem Prinzregenten wie dem Prinzen Leopold sei seiner Zeit eine Armee-Inspection angeboten worden. Der Prinzregent lehnte wegen seines Alters ab. Prinz Leopold nahm das Anerbieten nicht an, weil entweder seine Uebersiedelung nach Berlin oder die Bildung des Stabes aus preußischen Officieren verlangt wurde. Damit hänge zusammen, daß weder Prinz Leopold noch Prinz Arnulph nach Berlin gehen.

* Zu der vom Centrum neben der Klerikalisirung der Volksschule als Preis für gewährte und fernere Unterstützung geforderten Aufhebung des Jesuitengesetzes im Reiche schreibt der „Hann. Cour.":

„Man weiß im Centrum ganz genau, daß diese Aufhebung im Bundesrathe nicht durchzusetzen ist. Aber man hofft, durch die Wiederzulassung der Redemptoristen ein Zugeständniß zu erhalten, welches man dem Drängen der Heißsporne gegenüber als werthvolle Abschlagszahlung ausgeben kann. Dies Zugeständniß, bei welchem eine Mitwirkung des Reichstages übrigens nicht erforderlich ist, wird man wohl erhalten. Es läßt sich also voraussehen, daß das Centrum im Reichstage bei guter Laune bleiben wird. Alles Andere ist dunkel."

Wir glauben, daß das Centrum unter den gegenwärtigen Umständen Alles erhalten kann und wird, was es zu haben wünscht.

* Die „Hamburger Nachrichten" hatten in einem Artikel „Fürst Bismarck und die Altersversorgung" u. A. geäußert, das in dem Gesetze stipulirte Klebesystem sei ein Mißgriff gewesen und wir zweifelten nicht, daß die hervorgetretenen Uebelstände gewichtig genug seien, um eine Aenderung in dieser Beziehung herbeizuführen, ohne die humanen Intentionen des Gesetzes im Ganzen zu schädigen. Hierzu bemerkt die „Vossische Zeitung":

„In der letzten Bemerkung werden auch die liberalen Parteien dem Fürsten Bismarck beistimmen. Die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des Gesetzes in seiner heutigen Form ist weit verbreitet, und eine Aenderung, die sich die gesammelten Erfahrungen zu Nutze macht, wird im Reichstage auf allen Seiten Freunde finden."

* Der Verleger einer der hervorragendsten amerikanischen Zeitungen gedenkt demnächst in Berlin eine Wochenausgabe seines Blattes herauszugeben.

* * *

* Das „Vaterland" verlangt vom Grafen Taaffe eine gleiche Berücksichtigung der klerikalen Abgeordneten wie sie den Deutschliberalen und den Polen durch die Berufung Kuenburg's und Bilinski's in hohe Staatsämter zu Theil geworden ist.

* Die Ernennung des Hofrathes Körber zum Vicepräsidenten und Generaldirector der österreichischen Staatsbahnen wird als ein sonderbares Mißtrauensvotum angesehen gegen etwaige nationale politische Aspirationen Bilinski's, dessen Vorgänger Czedik niemals einen Stellvertreter duldete. Die Ernennung Körber's ist dem Widerstande der Militairverwaltung gegen Bilinski zuzuschreiben.

* In den Wiener politischen Kreisen beurtheilt man nach wie vor die Rede des Herrn Ribot in der französischen Kammer über die Affaire Chadonne mit der größten Kaltblütigkeit. Dieselben erblicken, wie von dort geschrieben wird, in den Erklärungen Ribot's nur eine Bestätigung der in der „Allgemeinen Zeitung" ausgesprochenen Meinung, daß die Angelegenheit im Sande verlaufen werde. Herr Ribot habe zwar erklärt, daß Frankreich Genugthuung erhalten müsse, aber da es sich nur um die vermeintliche Verletzung einer Form handle, so werde es eben nicht allzu schwierig sein, einen Modus zu finden, unter welchem die bulgarische Regierung der französischen Forderung Genüge leisten können werde, ohne deshalb ihren Standpunct aufgeben zu müssen. Von russischer Seite werde Frankreich deutlich genug zu verstehen gegeben, die Angelegenheit nicht weiter übermäßig zu verfolgen.

* Zur Frage der geheimen Refactien, der nur einzelnen Interessenten zu Gute kommenden Ermäßigungen von Eisenbahntarifen, haben wir vor einigen Tagen nach der Münchener „Allg. Ztg." eine Mittheilung gebracht, welche den ungarischen Handelsminister beschuldigte, derartige Refactienverträge, und zwar auf drei Jahre, noch wenige Tage vor der Unterzeichnung des Handelsvertrages mit Deutschland bewilligt zu haben. Eine Erwiderung aus Ungarn ist bisher nicht erfolgt, nur aus Wien wird telegraphirt, die Nachricht habe die dortige Regierung „peinlichst berührt", weil der österreichische Handelsminister im Parlamente wiederholt die loyalste Durchführung des Tarifvertrages zugesagt habe. Leider wird das peinliche Berührtsein, das in Wien herrscht, nicht ausreichen, die Schädigung zu verhindern, die aus der ungarischen Refactienwirthschaft für die deutschen Producenten entsteht und die Nachtheile, des Handelsvertrages für sie erhöht. Nach Bindung seines Zolltarifs aber ist Deutschland vollständig wehrlos gegen transleithanische Unregelmäßigkeiten in der „loyalen" Ausführung des Vertrages. Die „Vossische Zeitung" will noch eine amtliche Aeußerung des Ministers Baroß und eine Mittheilung darüber abwarten, ob die mit der ungarischen Handelsgesellschaft angeblich geschlossenen Refactienverträge nicht Jedermann zu Gute kämen. Letztere Erwartung ist etwas naiv; eine Generalisirung der Frachtermäßigung würde die Refactienverträge in ihrer Wirkung völlig aufheben, sie überflüssig machen. Zu solchen unpraktischen Maßregeln greift man in Ungarn, wo man sich von jeher auf seinen Vortheil gut verstanden hat, gewiß nicht.

Das „D. B. H." bringt in der vorstehenden Angelegenheit folgende neue bestätigende Meldung:

Wien, 30. December. Die Richtigkeit der Nachricht, daß der ungarische Handelsminister Baroß den Refactientvertrag für den rumänischen Verkehr abgeschlossen hat, beweist ein Circular der ungarischen Handelsgesellschaft, welche den hiesigen Spediteuren die Errichtung einer Bukarester Agentur anzeigt und dieser erhebliche Vortheile aus dem Refactienvertrag zusichert; deshalb unterlassen die hiesigen Spediteure die Beschwerde über den Abschluß des Refactienvertrages bei der österreichischen Regierung.

Es wäre nun Sache der deutschen Reichsregierung, Gewißheit darüber zu verlangen, ob die Vortheile der geheimen Refactien auch dem deutschen Handelsstande zu Gute kommen, wovon die ungarische Handelsgesellschaft ist kein Frachtführer oder Spediteur im eigentlichen Sinne, sondern ein Waarenhändler, der in den Wettbewerb mit deutschen, österreichischen und italienischen Händlern eintritt. Die ungarische Gesellschaft ist eigentlich eine Schöpfung des Ministers Baroß, der zu Liebe sich die Dampfschifffahrtsgesellschaft „Adria" im neuen Subventionsvertrage mit der ungarischen Regierung verpflichten mußte, eine eigene Schifffahrt zwischen den Häfen des Schwarzen Meeres zu unterhalten und die Niederlassungen der ungarischen Handelsgesellschaft zu ihren Agenten zu bestellen. Sie hat auch das alleinige Benutzungsrecht der ungarischen Donauflottille, und sie hat die Verpflichtung, dem ungarischen Handel und der neugeschaffenen Industrie Absatzquellen im Orient zu verschaffen. Da können geheime Refactien allerdings Mitbewerber aus dem Felde schlagen, und darum ist es für die deutsche Industrie wichtig, genau zu erfahren, wie die zugesicherte loyale Gegenseitigkeit in Wirklichkeit gehandhabt wird. — Auch die „Magdeb. Ztg.", welche bekanntlich für die neuen Handelsverträge eine ganz besondere Vorliebe an den Tag legte, macht ihrem Unmuth über das Vorgehen von ungarischer Seite mit folgenden Worten Luft:

* Die Nachricht, daß der ungarische Handelsminister in der vorigen Woche einen geheimen Refactienvertrag für den Verkehr nach Rumänien und Serbien abgeschlossen habe, hat bisher eine beglaubigte Widerlegung nicht gefunden, wohl aber wird die Anklage von verschiedenen Seiten mit großer Bestimmtheit erhoben. Wenn nicht bis dahin eine genügende Aufklärung erfolgt, wird die Angelegenheit alsbald im Deutschen Reichstage zur Sprache gebracht werden müssen. Es liegt auf der Hand, daß die Verträge für uns werthlos werden, wenn ihre Wirkungen durch Frachtermäßigungen für ungarische Waaren gelähmt werden. Das widerspricht auch durchaus den Bestimmungen der Verträge, und der Reichskanzler hat bei Berührung dieses Punctes ausdrücklich erklärt, er habe keinen Grund, an der Vertragstreue und Loyalität der ungarischen Regierung in dieser Hinsicht zu zweifeln. Die Verträge wären geradezu hinfällig, wenn diese selbstverständliche Voraussetzung getäuscht sein sollte.

* Die Brüsseler französischen Kreise machen die äußersten Anstrengungen, um das Zustandekommen des belgisch-deutschen Handelsvertrags zu verhindern. — Die Meldung der Pariser Blätter, daß König Leopold eine Kammer-Auflösung beabsichtige, falls der Vertrag abgelehnt wird, ist gegenstandslos, da letztere Eventualität ausgeschlossen, vielmehr eine starke Kammermehrheit für den Vertrag gesichert ist.

* Nach einem bei dem Indischen Amte in London eingegangenen officiellen Telegramm aus Huaza wurde das Fort Huaza von den Engländern ohne weiteren Widerstand erobert. Die Eingeborenen haben sich vollständig unterworfen.

* In Rom fand gestern bei dem König und der Königin der übliche Neujahrsempfang für das gesammte diplomatische Corps und die Gemahlinnen der Botschafter und Gesandten statt.

* Der italienische Justizminister hat seine Demission eingereicht. Sein Nachfolger wird vielleicht der Abgeordnete Garelli von der Parteigruppe Giolitti.

* Im Lateran ist in diesen Tagen das Denkmal des größten Papstes enthüllt worden, der über die Kirche geherrscht hat. Leo XIII. hat es errichten lassen zum Zeichen der Wahlverwandtschaft, durch die er sich mit der imposanten Gestalt des dritten Innocenz verbunden fühlt. Im Lateran, der nebst dem Vatican und dem Castell Gandolfo zu den durch das Garantiegesetz dem Papste vorbehaltenen Besitzthümern gehört, hat jenes Concil stattgefunden, auf welchem das Papstthum seine ganze kirchliche und weltliche Macht entfaltete und Innocenz III. einen deutschen Kaiser der Krone und des Reiches verlustig erklärte. Seitdem hat das kirchliche Rom niemals wieder eine gleiche Machthöhe erklommen, und niemals wieder durfte mit Innocenz ein Papst von sich sagen, er sei weniger als Gott, aber mehr als ein Mensch. Drei Jahrzehnte nach jenem Lateranischen Concil war der ungeheure Kampf des Papstthums mit dem Kaiserhause der Staufen entschieden, in einer schrecklichen Katastrophe ging der letzte Sproß des edlen schwäbischen Herzogsgeschlechtes zu Grunde; aber auch die Kirche brach in ihrem Siege fast zusammen, und länger als sechshundert Jahre hat es gedauert, bis das Papstthum, der weltlichen Herrschaft entkleidet, in den Besitz der ungestörten geistlichen Weltherrschaft gelangte, über welche es gegenwärtig verfügt.

* Vor Kurzem war eine Kundmachung in den russischen Blättern zu lesen, der zufolge neuerdings 1300 Adelsgüter zum zwangsweisen Verkauf gestellt wurden. Dieser Vorgang wiederholt sich alle paar Monate und er ist ein Beweis, daß sich der Großgrundbesitz in Rußland in stetem Niedergange befindet. Die Ursachen liegen zum Theil in der Verschuldung und Verschwendungssucht des Adels, zum größeren Theile in den durch die Aufhebung der Leibeigenschaft geschaffenen plötzlichen Uebergangsverhältnissen. Es fehlen den Grundbesitzern die Arbeitskräfte, denn der russische Bauer will nicht mehr um geringen Lohn arbeiten und dann ist er auch nicht verläßlich. Sobald er Geld hat, trinkt er Tag und Nacht, er nimmt Vorschüsse von verschiedenen Besitzern, tritt nirgends die Arbeit an und wenn er schließlich auch eingesperrt wird, nimmt er dies mit fatalistischem Gleichmuth hin. In den Grenzprovinzen helfen sich Grundbesitzer mit der Ansiedlung deutscher Kräfte, doch wurden diese nach kurzer Zeit von der politischen Behörde gemaßregelt und über die Grenze geschafft. So wirken die verschiedensten Umstände zusammen, die Güter immer weniger ertragfähig zu machen, und auch neue Maßregeln, welche jetzt in Petersburg geplant werden, dürften keine Abhilfe schaffen können. Es wird der „Voss. Ztg." über dieselben berichtet:

Lemberg, 30. December. Die polnischen Blätter berichten aus Petersburg, daß auf Veranlassung des Zaren eine Hilfsaction für den grundbesitzenden Adel eingeleitet wurde. Eine besondere Commission mit dem Senator Abaza an der Spitze erhielt den Auftrag, der Gesetzgebung finanzielle Maßregeln zur Besserung der Lage des Großgrundbesitzes in Vorschlag zu bringen.

* Großes Aufsehen erregt in St. Petersburg die Thatsache, daß das von der Stadt für theures Geld angekaufte Mehl für die Nothleidenden — 500 Wagenladungen zum Preise von 1 Rubel 55 Kop. das Pud — völlig unbrauchbar ist. Es stellt, wie die Untersuchungen ergeben haben, „ein schauderhaftes Gemisch von Spreu, Hülsen, unzermahlenem Korn und einem grauen mehlartigen Pulver vor, das bei der Analyse in Chlorofor einen kolossalen Niederschlag anorganischer Substanzen abgab — wahrscheinlich Kalk und Sand. Was die Verpackung anbetrifft, so ist sie unerhört. Jeder Sack wiegt statt der normalen 7—8 Pfund wenigstens 17—18. Die Säcke sind ordinär, grob, schmutzig, über und über mit Flicken besetzt und von riesigen Dimensionen, wobei ein bedeutender Theil des Sackes nach Innen hineingebogen ist, um ihm die gewöhnliche Größe zu geben. Eine Masse Säcke sind zerrissen, bei anderen sind die Löcher einfach mit Heu verstopft. Durchnäßte Säcke sind auf jedem Schritt und Tritt zu sehen." — „Die Duma wird ohne Zweifel", so bemerkt die „Now. Wr.", „die sehr begreifliche Neugier der Residenzbevölkerung auf diesem oder jenem Wege befriedigen und nähere Erklärungen abgeben. Es wäre interessant, zu erfahren, warum ein gänzlich untaugliches Mehl gekauft wurde zu einem Preise, der in St. Petersburg gegenwärtig nicht einmal für die besten Sorten bezahlt wird. Es wäre interessant, auch die Namen der Herren zu erfahren, die diese gelungene „commerzielle" Operation zu Wege brachten, sowie auch die vermuthlich „commerzielle" Motive, die sie bewogen, zu solchem Preise untaugliches Mehl und in so immensen Quantitäten zu kaufen. Wenn schon das St. Petersburger Stadtamt solche Operationen macht, was darf man dann noch von den Provinzial-Institutionen verlangen, welchen gegenwärtig verdienterwaßen Vorwürfe für Gewissenlosigkeit gemacht werden?"

* Der „Petite Presse Parisienne" wird aus Petersburg gemeldet, daß kurz nach der Abfahrt des Zaren und des Zarewitsch von Gatschina nach Petersburg zum Besuch der französischen Gemälde-Ausstellung plötzlich der Fußboden des Perrons der kaiserlichen Abfahrtshalle eingestürzt sei. Vier Personen seien darunter begraben und todt hervorgeholt worden. — Aus Moskau wird die Nachricht, daß der jüngst erst ernannte Generalgouverneur, Großfürst Sergei, ein Bruder des Zaren, öffentlich ausgezischt worden sei, bestätigt. Der Großfürst, welcher namentlich in den mittleren Gesellschaftsclassen sehr unbeliebt sei, habe befohlen, daß die Pferderennen nicht früher beginnen dürften, als bis er eingetroffen sei. Gleich das erste Mal sei er anderthalb Stunden nach der für den Anfang der Rennen festgesetzten Zeit angelangt und da habe das Publicum gezischt, was einen großen Eindruck in Moskau gemacht habe. Es heißt bereits, daß der Großfürst von Moskau abberufen werden soll.

* Aus Riga wird vom 30. December gemeldet: Propst Waldemar Mickwitz, der auf Grund einer Anklage der Procuratur wegen gesetzwidriger Einsegnung von Ehen zum Verluste seiner geistlichen Würde und zu einer längeren Gefängnißstrafe verurtheilt werden sollte, ist vom Rigaschen Bezirksgericht für die Dauer von neun Monaten vom Amte suspendirt worden. Die von dem Propst Getrauten erklärten in entschiedenster Weise, daß sie Lutheraner seien, auch der Angeklagte war derselben Ueberzeugung. — Ein estnisches Ehepaar, welches angeklagt war, seine Kinder dem Gesetz zuwider nicht in der Lehre der orthodoxen Kirche zu erziehen, wurde zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt; die Kinder der Verurtheilten sollen griechisch-orthodoxen Verwandten zur Erziehung überwiesen werden. Wann endlich wird diesen zum Himmel schreienden barbarischen Bedrückungen der Lutheraner in den russischen Ostseeprovinzen ein Ende bereitet werden?

* Aus Bukarest wird vom 30. December gemeldet: Infolge des Einverständnisses und der Fusion der constitutionellen Partei Carp mit den Conservativen zum Zwecke der Gründung einer einheitlichen Partei unter der Führung Catargin's gaben der Minister der Domainen General Mano, der Finanzminister Stirbey und der Justizminister Stourdza ihre Demission. Dieselben wurden heute ersetzt durch Carp für die Domainen, Obermann für die Finanzen und Marghiloman für die Justiz. Heute Abend leisteten die neuen Minister ihren Eid. General Mano ist als Präsident der Kammer in Aussicht genommen.

* Wie aus Belgrad gemeldet wird, ist die Absicht der Regierung mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, auf die sie bei der Skupschtina voraussichtlich stoßen wird, letztere

SLUB
Wir führen Wissen.